

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Überwachung der Elternhaltestelle Mariagrün (GR. Haberler, MBA, ÖVP)

In der Mariagrüner Straße wurde im Zuge des Neubaus der Volksschule Mariagrün eine Elternhaltestelle zum Ein- und Aussteigen der Schulkinder während der Schulzeiten eingerichtet. Da der Bereich außerhalb der bewirtschafteten Zonen liegt, kann die Einhaltung des verordneten Parkverbotes nicht durch das städtische GPS kontrolliert werden. Insofern verparken vermehrt Dauerparker die Haltestelle.

Im Bereich von der Kreuzung Mariagrüner Straße / Mariatroster Straße bis zum Anton-Wildgans-Weg besteht außerdem ein Halteverbot, das täglich mehrmals ignoriert wird. Dies vor allem vor der Schulbushaltestelle „Unterer Plattenweg“, was die Sicht auf Schulkinder behindert. Die Verkehrsüberwachung in diesem Bereich obliegt der Polizei. Das städtische GPS könnte die Überwachung des ruhenden Verkehrs in den beschriebenen Abschnitten unterstützen.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Stellen prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, dass das nicht erlaubte Parken in diesen Bereichen kontrollieren werden kann – etwa durch Ausdehnung der Parkzone J –, um damit das sichere Ein- und Aussteigen der Volksschulkinder der VS Mariagrün zu ermöglichen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.2 Einrichtung eines Gehsteigbeauftragten (GRⁱⁿ Heuberger, ÖVP)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In unserer stark wachsenden Stadt wird sind wir gefordert, im Besonderen für Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung sowie Eltern mit Kinderwagen sichere Gehsteige und Gehwege zur Verfügung zu stellen. Der stetig wachsende Verkehr stellt eine weitere Herausforderung in diesem Zusammenhang dar. Dort, wo Gehsteige fehlen bzw. ergänzt werden müssen, gilt es, diese zu erheben und in der Folge zu beseitigen.

In Graz bestehen neben den Gemeindestraßen auch Landesstraßen, wodurch im Falle fehlender Gehsteige in diesen Bereichen eine gute Koordinierung mit der zuständigen Landesverkehrsabteilung unabdingbar sein wird.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

Antrag,

auf Einrichtung eines Gehsteigbeauftragten, welcher sich dieser Aufgaben annimmt.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.3 Erweiterung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek in der Zanklstraße (GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther, KPÖ)

Die Hauptfiliale der Stadtbibliothek in der Zanklstraße ist einer von wenigen konsumfreien Orten, an dem in konzentrierter Atmosphäre gelesen, gelernt und auch gearbeitet werden kann. Computer und Internet können, neben dem Buchbestand, zur Recherche benutzt werden. Leider gestaltet sich die Nutzung der Bibliothek für

berufstätige Menschen schwierig, da die Bibliothek am Wochenende geschlossen hat. Auch Schülerinnen und Schüler müssen sich am Wochenende häufig auf Prüfungen oder Referate vorbereiten. Die Schulen sind aber ebenfalls geschlossen.

Eine Bibliothek als Ort des Wissens, der Begegnung und der Bildung am Wochenende für die Bevölkerung zu öffnen, würde nicht nur eine Erhöhung der Lebensqualität und des Freizeitangebots bedeuten. Durch die zusätzlich benötigten Arbeitsstunden könnten darüber hinaus wertvolle Arbeitsstellen geschaffen werden. Außerdem haben auch andere Angebote der Stadt Graz, wie beispielsweise die Freizeitbetriebe, am Wochenende geöffnet.

Vorbild für diese Optimierung ist beispielsweise die Stadtbücherei Wien, deren Hauptfiliale, am Urban-Loritz-Platz im 7. Bezirk, auch samstags geöffnet hat.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Graz werden ersucht, die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek-Hauptfiliale Zanklstraße auf Samstag auszuweiten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.4 Ordnungsgemäße Mülltrennung bei Großveranstaltungen (GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)

Umwelt- und Klimaschutz sind zu nichts Geringerem als zu den ausgesprochenen, überlebensnotwendigen Anliegen der meisten Kommunen, so auch der Stadt Graz und ihrer VertreterInnen in Politik und Ämtern, geworden.

Ein wesentlicher Aspekt bei der Erfüllung aller notwendigen Auflagen im Zusammenhang mit der Erreichung von Umwelt- und Klimazielen ist das Funktionieren der Mülltrennung.

Die entsprechenden Vorschriften und Gesetze, das nötige Know-how, die Einrichtungen sowie das ausgebildete Personal zum Zweck der fachgerechten Abfallentsorgung sind sicherlich gegeben, und vieles funktioniert auch vorbildlich. Allerdings gibt es nach wie vor Verbesserungspotential bezüglich der Einsparung von Restmüllmengen. Diese sind oft aufgrund von nicht eingehaltenen Vorschriften unnötig hoch und verursachen hohe Kosten.

Die Frage, auf welche Weise die teilweise leider nicht vorhandene Disziplin beim Wegwerfen letztlich doch erzielt werden könnte, ist – zugegeben – eine nicht leicht zu beantwortende.

Speziell bei Großveranstaltungen kommt es leider immer wieder zu groben Mängeln bei der Mülltrennung- und -entsorgung, wie sie zuletzt beispielsweise beim Grazer Advent am Hauptplatz oder Silvester am Mariahilferplatz dokumentiert wurden:

Adventmarkt: https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/tolle-bescherung-beim-grazer-advent_a3837513

Silvester: https://www.meinbezirk.at/graz/c-wirtschaft/oekostadt-graz-mit-abfallchaos-ins-neuejahr_a3846801

Es scheinen einerseits zu wenige Abfallbehälter zur Mülltrennung vorhanden gewesen zu sein. Andererseits war auch die Bereitschaft so mancher MarktbesucherInnen zur Mülltrennung nicht immer gegeben.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen künftig dafür sorgen, dass speziell bei Großveranstaltungen in ausreichendem Maße Mülltonnen für eine ordnungsgemäße Trennung und Entsorgung (Biotonnen, Kunststoffbehälter...) des Abfalls zur Verfügung gestellt werden.

Zudem sollen MarktbesucherInnen über die Pflicht zur Mülltrennung Informationen erhalten und die Kenntnisnahme dieser mit ihrer Unterschrift bestätigen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 Grüne UNESCO-Weltkulturachse
(GR Sikora, KPÖ)**

Seit 1. Dezember 1999 befindet sich die Grazer Altstadt auf der ehrenwerten Liste von weltweit rund 900 UNESCO-Weltkulturerbestätten - eine Auszeichnung mit großer Bedeutung für Graz. Für Graz ist damit aber auch die Verpflichtung verbunden, das historische Erbe einer vielfältigen Baukultur von der Gotik bis zum 21. Jahrhundert zu erhalten und zeitgenössische Baukultur harmonisch einzufügen sowie optisch für BewohnerInnen und Besuchende der Stadt darzustellen.

Mit 1. August 2010 entstand mit der Erweiterung der Grazer Weltkulturzone um das Schloss Eggenberg auch eine Achse, die vom historischen Zentrum der Stadt bis nach Eggenberg reicht. Diese Achse wurde vor Jahren mit dem Ausbau und der Neugestaltung der Eggenberger Allee positiv und „grüner“ in Szene gesetzt.

Um die Verbindung der Weltkulturstätten noch lebenswerter zu gestalten und deren Bedeutung weiter hervorzuheben, wäre die Erweiterung der „grünen Weltkulturachse“, die in der mit Bäumen bepflanzten Eggenberger Allee ihren Ausgang findet, bis in die Grazer Innenstadt in Form von durchgehend grünen Elementen (Rasenflächen, Fassadenbegrünungen, Alleebäume, wo dies platztechnisch möglich ist) eine zusätzliche Bereicherung. Dieses grüne Band soll sich vom Schloss Eggenberg über die Eggenberger Allee bis zum Hauptbahnhof und weiter über die Annenstraße bis hin zum historischen Stadtkern ziehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats sowie die Abteilung für Grünraum werden höflichst ersucht zu evaluieren, ob die Möglichkeit einer durchgehenden „grünen Weltkulturachse“ in Form einer Bepflanzung/Begrünung vom Schloss Eggenberg bis in die Grazer Innenstadt bestünde.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Plastikmüll-Flut bei Events mit städtischer Beteiligung eindämmen
(GR Sikora, KPÖ)**

Bereits im September 2017 stellte ich einen Antrag an den Gemeinderat, die Unmengen an Plastikmüll bei Events mit städtischer Beteiligung einzudämmen bzw. in Zukunft mittels Mehrweggeschirr ganz zu verhindern. Auch auf der Homepage der Stadt Graz steht, dass „am Ende eines Festes oft große Mengen Abfall zurückbleiben“ und dass „durch Verwendung von Mehrweggeschirr bis zu 90 % der Abfälle eingespart werden könnten“. Ausgerechnet bei Veranstaltungen in den Grazer Spielstätten kommt dieser Gedanke leider immer wieder zu kurz. Die Unmengen an Einweg-Plastikbechern, die sich nach Spielen der Handball-EM in der Grazer Stadthalle türmen, sprechen Bände. Noch dazu wird bei dieser EM kurioserweise auf einen Flyer für den Klimaschutz geworben, während Getränke aller Art in Einweg-Plastikbecher abgefüllt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die verantwortlichen Stellen des Magistrats sowie der Stadtsenatsreferent für Beteiligungen werden höflichst ersucht zu evaluieren, ob in Zukunft bei allen Events mit städtischer Beteiligung Mehrweggeschirr zum Einsatz kommen kann, um die momentane Flut an anfallendem Plastik eindämmen zu können und die dadurch auftretenden Verschmutzungen hintanzuhalten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.7 Wanderweg über Hubertushöhe (GR. Sikora, KPÖ)

Als einen „Spaziergang“ betitelt die Homepage der Stadt Graz einen bei der Bevölkerung gut angenommenen Wanderweg (beginnend ab Alt-Eggenberg bei der Endhaltestelle der Linie 1 in Richtung Hubertushöhe auf den Bergheurigen Fürstenstand am Plabutsch). Auch ein Hinweisschild beim Annaweg über den Weingartenweg weist den Wandernden die Richtung über die Hubertushöhe zum Plabutsch. Angekommen bei dem ehemaligen Gasthaus Hubertushöhe wird den Wanderern jedoch der weitere Weg versperrt bzw. erschwert. Trotz Servitutsrecht blockieren hohe Holzstämme unterhalb der Hubertushöhe den Weg auf den Plabutsch. Seit etwa einem Jahr ist nun auch der Pfad über die Schafweide von privater Seite gesperrt worden und man muss weitläufig über den Karolinenweg ausweichen. Alternativ hat sich östlich der Schafweide, nahe dem Steinbruch, ein Pfad gebildet, welcher jedoch ein gewisses Sicherheitsrisiko darstellt. Die zweite Alternative verläuft über den Weingartenweg; beide Pfade sind jedoch keine markierten Wanderwege. Im Zuge der sanften und naturbelassenen Erschließung des Plabutsch ist es nicht nachzuvollziehen, dass vorhandene Wanderwege mit Servitutsrecht einfach von privater Seite abgesperrt werden. Damit vor der startenden Wandersaison 2020 eine geeignete Lösung herbeigeführt wird, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die verantwortlichen Stellen des Magistrats werden höflichst ersucht zu überprüfen, ob noch vor dem Start der heurigen Wandersaison die ausgeschilderten Wanderwege über die Hubertushöhe in Richtung Plabutsch für die zahlreichen Wandernden uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden können. Im Falle ungerechtfertigter Sperren soll auf die EigentümerInnen entsprechend eingewirkt werden, damit diese

die für Wanderer unangenehme Hindernisse rasch entfernen und damit ein Wandern am Plabutsch ohne Umwege wieder gewährleistet ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.8 Wintersperre am Schloßberg (GR Mag. Kuhn, KPÖ)

Bei winterlichen Verhältnissen machen Gehwegsperrungen auf Seitenwegen am Schloßberg Sinn, da Salzstreuungen für die Pflanzen- und Tierwelt natürlich schädlich sind. Ohne Streuung sind wiederum die steilen Wege bzw. die Stufen für Menschen, wenn sie nicht achtsam sind, sehr gefährdend. Wenn jedoch trockenes Wetter vorherrscht, ist es notwendig, diese Wege für die Öffentlichkeit offen zu halten, um den Menschen auch in den Wintermonaten Erholung in den Park- und Grünanlagen sowie am Schloßberg zu bieten bzw. gewährleisten. Es kann nicht sein, dass die Seitenwege des Schloßbergs den Großteil des Winters nur aus Kostengründen oder der Einfachheit halber ohne Rücksicht auf die Wetterlage mit einer Wintersperre verhängt werden.

Ich stelle seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Beteiligungsreferent Stadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, mit der Holding Graz Stadtraum Gespräche hinsichtlich einer erweiterten Öffnung der Gehwege am Schloßberg – zumindest tagsüber zwischen 9 und 18 Uhr, so es die Wetterlage zulässt - zu führen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.9 Zweckbindung der Einnahmen aus Kanalgebühren im Voranschlag 2021 für Sanierung und Ausbau des Leitungsnetzes von Kanal und Wasser (GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)

Im Jahr 2020 werden 37,6 Mio. € und bis 2024 jährlich fast 40 Mio. € an Kanalgebühren an die Stadt Graz fließen. Diesen sehr hohen laufenden Einnahmen aus dem Kanalbereich stehen jedoch keine entsprechenden Investitionen in den Erhalt und den Ausbau des Kanalnetzes – und wir reden hier nicht vom Zentralen Speicherkanal – gegenüber.

Auch der Rechnungshof hat massiv kritisiert, dass strategische Sanierungen aus Gründen der Siedlungswasserwirtschaft nicht in Angriff genommen werden. Die Stadt Graz ist aber zum flächendeckenden Grundwasserschutz verpflichtet. Gemäß Wasserrechtsgesetz 1959 i.d.g.F sind alle Gewässer so reinzuhalten, dass die Gesundheit von Mensch und Tier nicht gefährdet wird sowie Grund- und Quellwasser als Trinkwasser verwendet werden können.

Derzeit werden beim bestehenden Netz der Rohrleitungen – sowohl beim Kanal als auch bei der Wasserversorgung - nur im Anlassfall bei Bauvorhaben Sanierungen vorgenommen. Im Sinne des Gewässerschutzes ist eine planmäßige Sanierungsarbeit jedoch wichtig. Es ist ganz klar, dass die Lebensdauer des Netzes in Graz nicht mit der derzeitigen Sanierungsrate zusammenpasst. Wird hier nichts verändert, so wird der Zeitpunkt kommen, wo nicht getätigte Sanierungen von 50 Jahren innerhalb von 20 Jahren umgesetzt werden müssen – Graz wird dann zur Baustelle. Wir sind daher aufgefordert, zumindest eine Sanierungsrate von 1% pro Jahr zu erreichen. Zusätzlich gibt es unerschlossene Bereiche, z.B. braucht es dringend einen Kanal in Fölling und auf der Ries. Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

Antrag:

Die Finanzabteilung der Stadt Graz möge im Voranschlag für das Jahr 2021 sowie in jenen der Folgejahre dafür Sorge tragen, dass die aus den Einnahmen aus den Kanalgebühren resultierenden Gewinnentnahmen zur Gänze in die Sanierung und den dringend notwendigen Ausbau des Leitungsnetzes von Kanal und Wasser investiert werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Sicherer Schulweg für die Kinder der VS St. Veit
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)**

Da die Querung der Andritzer Reichsstraße bzw. der St. Gotthard-Straße beim Schloss St. Veit insbesondere für Kinder auf ihrem Schulweg gefährlich ist, haben sich AnrainerInnen für eine Druckknopfampel eingesetzt. Das Ergebnis: Der Schutzweg wird nun ganz aufgelassen. Begründet wurde dies damit, dass die Anhaltebereitschaft der Autofahrer zu gering und die nötige Fußgängerfrequenz nicht gegeben sei.

Für die Schuldirektorin und die Eltern der betroffenen Kinder ist dies natürlich alles andere als zufriedenstellend. Selbst wenn nur zehn Kinder in der Früh diese Straße auf ihrem Schulweg überqueren, muss die Verkehrssicherheit für diese Kinder gewährleistet sein. Zu Recht wird kritisiert, dass immer mehr Eltern ihre Kinder mit dem Auto in die Schule bringen. Nun, wenn man will, dass Kinder wieder mehr zur Fuß, mit dem Rad und mit den Öffis zur Schule unterwegs sind, muss man auch die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Stattdessen wird im vorliegenden Fall den Kindern, die zu Fuß zur Schule gehen, dies durch die gefährliche Situation beinahe unmöglich gemacht.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

- 1.) Die für Verkehr zuständige Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, die ehestmögliche Wiederrichtung des Schutzwegs inkl. Druckknopfampel beim Schloss St. Veit zu prüfen.
- 2.) Die für Verkehr zuständige Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Kriterien der Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit, auf denen die vorliegende Entscheidung fußt, zu prüfen, um in Zukunft derartige Situationen zu vermeiden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Schleichwege
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Unsere Wohngebiete in der Stadt sind äußerst wichtig. Sie sind der direkte Lebensort und im besten Fall auch Erholungsort unserer Bewohnerinnen und Bewohner. Im urbanen und verkehrstechnischen Konfliktfeld werden leider immer öfter Wohngebiete zu Verkehrs-Ausweichstrecken. Anstatt weniger Verkehr erleben wir in Graz mehr Verkehr, und Schleichwege sind Alltag. Jahrzehntelang wurde der öffentliche Raum in Graz immer mehr von Autos erobert. Dort, wo früher Kinder spielen konnten, drängen sich heute Fahrzeuge durch die Gassen; dort, wo früher Wiesen und Felder waren, stehen heute Supermärkte mit riesigen Parkplätzen. In Graz wurden ab den 1960er-Jahren Wohnstraßen errichtet. Bald schon kam dieser Trend aber zum Erliegen. So auch in meinem Heimatbezirk Straßgang. In den verkehrsberuhigten Straßen, in denen ich noch gelebt und gespielt habe, fahren heute KFZ, und bei stetiger Bautätigkeit mangels Verkehrskonzept ist hier auch keine

Trendwende erkennbar. Dabei sind Wohnstraßen kindgerechter und lebenswerter. In einer wachsenden Stadt darf die Lebensqualität nicht zu kurz kommen. Kinder brauchen ihren Raum, um zu wachsen.

Deshalb stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob die Prüfung und Schließung von mind. 10 Schleichwegen pro Jahr und die Forcierung und Errichtung von kindgerechten Wohnstraßen möglich wäre.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.12 Verpflichtende Rückzahlung der verbliebenen Klubförderung nach Ausscheiden aus dem Gemeinderat (GR. Swatek, Neos)

Das politische Umfeld wird ständig dynamischer. Immer wieder werden politische Klubs – sei es in diversen Gemeinderäten, den Landtagen, aber auch im Nationalrat – aufgelöst (Team Stronach, Liste Pilz, Piratenpartei etc.). Bis dato ist in Graz nicht geregelt, was im Falle einer Auflösung eines Gemeinderatsklubs mit den übrig gebliebenen Mitteln der Klubförderung passiert. Eine Rückzahlung dieser Mittel ist längst überfällig, schließlich handelt es sich hierbei um Steuergeld, das für die Arbeit im Gemeinderat vorgesehen ist. Eine eindeutige Zweckwidmung dieser Fördermittel ergibt sich schon aus der Regelung der Klubförderung: „Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit der politischen Mandatare 2017“. Hier ist die Verwendung der Mittel unter §2(1) klar als „Mittel zur Finanzierung der Klubarbeit bzw. der Arbeit der politischen Mandatare“ definiert. Hat der aufzulösende Gemeinderatsklub zuvor Fördermittel

erhalten und sind diese bis zu seiner Auflösung bzw. im - daran anschließenden - Liquidationsstadium nicht nachweisbar und vor allem widmungsgemäß verbraucht, sollen in Zukunft diese nicht verbrauchten Fördermittel an die Stadt Graz - und damit an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler - zurückgezahlt werden.

Gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz die „Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit der politischen Mandatäre 2017“ um die Rückzahlung nicht verbrauchter Klub- bzw. Mandatärsfördermittel beim Ausscheiden aus dem Gemeinderat erweitern.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 16. Jänner 2020

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio** schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 16.35 Uhr.

Die Stücke aus der Tagesordnung der **nicht öffentlichen Sitzung** wurden vom Gemeinderat für beschlossen erklärt (siehe Seite 69).

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Stadtrat
Dr. Günter Riegler

Schriftführer und Schriftprüferin:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Mag.^a Ulrike Taberhofer

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter